

Geöffnet Montags 2 Mal.

Mittag 6¹/₂ Uhr.

Nachmittag 5¹/₂ Uhr.

Sonntags und Feiertags

nur früh 6¹/₂ Uhr.

Kunden und Besucher

Johanniskirche 83.

Postkarte magst du die Redaktion nach senden.

Ausnahme der für die nächstfolgende Morgen-Ausgabe bestimmten Ausgabe am Montagnachmittag bis 3 Uhr Nachmittags.

an Sonn- und Feiertagen früh

bis 7¹/₂ Uhr.

Zu den Kosten für Zeit-Anzeigen:

Ottos Ritter, Universitätsstr. 22.

Boulevardstrasse 18, p.

nur bis 7¹/₂ Uhr.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Montag den 26. Januar 1880.

No. 46.

74. Jahrgang.

Leipzig, 26. Januar.

Unter Bezugnahme auf das neue Militär-
gesetz wird uns zum Capitel der Kriegsbe-
fiechtungen und Friedensverträge aus Berlin vom Sonntag wie folgt geschrieben:
Die gewaltigen militärischen Anstrengungen Russlands und Frankreichs veranlassen nach dem Zusammenschluss der deutschen Regierung die Gegenkonsolidation, wie sie in dem neuen Militär-
gesetzen vorausgesetzt ist. Die Verstärkung einer Allianz dieser beiden Mächte mit dem Hintertritt Italiens wird hier als die nächste Möglichkeit in Betracht gezogen. Der russische Deutschenbund verlangt Beweisung für die Un-
durchsetzbarkeit, mit welcher Russland im letzten Orientkriege von Deutschland behandelt wurde; der Franzose brüllt im Stillen über Roth, und der erste Punkt auf seinem Kriegsprogramm nicht günstig erscheint, bevor kaum einer weiteren Auseinandersetzung. Die nächste Sitzung des Reichstags wird Zeugnis abzulegen haben, daß die Befürchtung vor einem Kriegsausbruch gerechtfertigt erscheine, und unter diesem Eindruck wird das neue Militärgebot von der Mehrheit bewilligt werden. Dem gegenüber ist es sehr bemerkenswert, daß die deutsche Diplomatie die Befürchtungen vor einem Krieg zwischen Deutschland und Russland nicht teilt. Eine Aufsicht, die wir schon von einem Mitglied erhalten haben und die vor dem Bekanntwerden des Militärgebotes uns ab-
gab, eröffnet der Erhaltung des Friedens neue Perspektiven, die nicht überall geheißen werden dürfen. Das Schreiben lautet: „Über die auswärtige Politik sind neuerdings die größten Unwahrsichten verbreitet worden. Wahrend Russland seit dem Abschluß des Wiener Vertrages eine ganz entschiedene Frontänderung vorgenommen und in Berlin und Wien Schritte gethan hat, welche nicht bloß zu einer Annäherung, sondern zu einer vollen Verständigung im Interesse eines andauernden Friedens geführt haben, wurden ohne Aufhörnisse Gerüchte über feindliche Tendenzen Russlands gegen seine westlichen Nachbarn verbreitet. Umfangreiche Rüstungen und Anhäufungen großer Militärkräfte an der Westgrenze deuteten angeblich bereits auf nahe bevorstehende kriegerische Eventualitäten hin. Nachdem alle diese militärischen Magazinien durch die dünnen Erdkrüppel aus Berlin, Wien und St. Petersburg auf das Entfernungslinie abgeteuft worden sind, ist auch über den Ueberber der jenen Ge-
richte, welche die Welt eine Zeit lang in Alarm versetzt haben, kein Zweck geblieben. In zuständigen Kreisen spricht man es ganz bestimmt aus, daß in erster Linie die englische Regierung für diese beunruhigenden Be-
schreibungen, welche gelegentlich auch von der Börsen-
spekulation unterstutzt worden sind, verantwortlich zu machen ist. In den englischen Regierungs-
kreisen steht man seit einiger Zeit bereits, daß Russland die Absicht hat, in Centralasien eine größere Action zu unternehmen. Räumlich glaubt man in diesen Kreisen überzeugt sein zu müssen, daß russische Seite die Occupation von Peking, welcher seit Jahren in England mit großer Besorgniß entgegesehen wird, nun nicht mit Entschiedenheit in Angriff genommen werden soll. Da es in diesem Sommer einen Augenblick der Anhabe genommen, daß es zwischen Russland und Österreich und eventuell sogar zwischen jener Macht und Deutschland zu Verhandlungen kommen könne, modisch England in Centralasien freie Hand bekommen haben würde, so ist diese neue Wendung der Dinge, welche ein triebliches Einvernehmen zwischen Russland, Deutschland und Österreich begründet hat, seitens der englischen Regierung mit großen Misvergnügen betrachtet worden. Diese Misvergnüge sind in jenen, na-
mentlich von der englischen Presse verbreiteten Berichten über russische Rüstungen, welche gegen die Westgrenze gerichtet seien, Ausdruck gefunden. Man hat glauben machen wollen, was man wünschte, und sich außerdem bei dem Gedanken die Hände gerieben, daß durch die hervorgerufenen Be-
völkerungshandlungen und Geschäft in Deutschland und Österreich ungünstig beeinflußt werden würden. Glücklicherweise ist dieses böse Spiel rechtzeitig durchschaut und durch geeignete Auflösungen hintertrieben worden. In allen eingeweihten Kreisen ist man seit überzeugt, daß die triebliche Entwicklung neuerdings nicht gestört ist, sondern wesentlich sicherer Boden gewonnen hat.“

Der preußische Minister des Innern hat in den letzten Tagen wiederholte Konferenzen mit dem Abg. von Bennigsen gehabt, die sich, wie man aus berichtet, lediglich auf die geschäftliche Behandlung der Verwaltungsgesetze beziehen. Es ist Hoffnung vorhanden, daß die betreffende Kommission binnen etwa 14 Tagen die beiden Lehren des Verwaltungs-Neorganisationsgesetzes beendet haben wird. Der Minister, der den Kommissionen häufig anwohnt, erhofft nicht den Gang der Beratung und nimmt gegenüber den eingesetzten Anträgen eine ziemlich harte Haltung ein. So erscheint es gerechtfertigt, anzunehmen, daß das Plenum des Hauses ungefähr am 9. nächsten Monat in die zweite Sitzung der Vorlage eintreten wird. In dieser Weise dürfte die Fertigstellung des Neorganisationsgesetzes in beiden Häusern des Landtages gesichert sein, ohne daß eine Nachsitzung nötig geworden werden müßt. „Wie wir in diesem hören — heißt es in unserem Bericht — besteht der Minister, daß die Arbeiten des Reichstages mit Einschluss des neuen Militärgebotes keine so große Dauer in Anspruch nehmen werden, daß das Staatsministerium seine Verpflichtungen schon jetzt zu ändern. jedenfalls werde die Beratung des Vordages Gegenstand weiterer Beratung im Staatsministerium sein und eine vorhergehende Verkündigung mit den Präsidien der beiden Häuser erfolgen.“

Die grossherziglich hessische Regierung hat aus Veranlassung eines Antrages aus Württemberg gegen den Bucher dem Ausschusse der Kammer mitgetheilt, daß sie sich im Bundesrat gegen Wiedereinführung einer Zolltarif und gegen Beschädigung der Wechselseitigkeit, dagegen für Strafrechtliche Vorrechte, die nicht überall geheißen werden dürfen. Das Schreiben lautet: „Über die auswärtige Politik sind neuerdings die größten Unwahrsichten verbreitet worden. Wahrend Russland seit dem Abschluß des Wiener Vertrages eine ganz entschiedene Frontänderung vorgenommen und in Berlin und Wien Schritte gethan hat, welche nicht bloß zu einer Annäherung, sondern zu einer vollen Verständigung im Interesse eines andauernden Friedens geführt haben, wurden ohne Aufhörnisse Gerüchte über feindliche Tendenzen Russlands gegen seine westlichen Nachbarn verbreitet. Umfangreiche Rüstungen und Anhäufungen großer Militärkräfte an der Westgrenze deuteten angeblich bereits auf nahe bevorstehende kriegerische Eventualitäten hin. Nachdem alle diese militärischen Magazinien durch die dünnen Erdkrüppel aus Berlin, Wien und St. Petersburg auf das Entfernungslinie abgeteuft worden sind, ist auch über den Ueberber der jenen Ge-
richte, welche die Welt eine Zeit lang in Alarm versetzt haben, kein Zweck geblieben. In zuständigen Kreisen spricht man es ganz bestimmt aus, daß in erster Linie die englische Regierung für diese beunruhigenden Be-
schreibungen, welche gelegentlich auch von der Börsen-
spekulation unterstutzt worden sind, verantwortlich zu machen ist. In den englischen Regierungs-
kreisen steht man seit einiger Zeit bereits, daß Russland die Absicht hat, in Centralasien eine größere Action zu unternehmen. Räumlich glaubt man in diesen Kreisen überzeugt sein zu müssen, daß russische Seite die Occupation von Peking, welcher seit Jahren in England mit großer Besorgniß entgegesehen wird, nun nicht mit Entschiedenheit in Angriff genommen werden soll. Da es in diesem Sommer einen Augenblick der Anhabe genommen, daß es zwischen Russland und Österreich und eventuell sogar zwischen jener Macht und Deutschland zu Verhandlungen kommen könne, modisch England in Centralasien freie Hand bekommen haben würde, so ist diese neue Wendung der Dinge, welche ein triebliches Einvernehmen zwischen Russland, Deutschland und Österreich begründet hat, seitens der englischen Regierung mit großen Misvergnügen betrachtet worden. Diese Misvergnüge sind in jenen, na-
mentlich von der englischen Presse verbreiteten Berichten über russische Rüstungen, welche gegen die Westgrenze gerichtet seien, Ausdruck gefunden. Man hat glauben machen wollen, was man wünschte, und sich außerdem bei dem Gedanken die Hände gerieben, daß durch die hervorgerufenen Be-
völkerungshandlungen und Geschäft in Deutschland und Österreich ungünstig beeinflußt werden würden. Glücklicherweise ist dieses böse Spiel rechtzeitig durchschaut und durch geeignete Auflösungen hintertrieben worden. In allen eingeweihten Kreisen ist man seit überzeugt, daß die triebliche Entwicklung neuerdings nicht gestört ist, sondern wesentlich sicherer Boden gewonnen hat.“

Nach einer Mitteilung der „A. B.“ aus Wien nehmen die Verhandlungen des österreichischen Abgeordnetenhauses einen sehr schleppenden Fortgang, und es ist, wenn nicht bald regerer Eifer eintritt, gar nicht abzusehen, wie die zahllosen wichtigen zur Behandlung liegenden Verträge und Initiativvorlagen bewältigt werden sollen. — In den letzten Tagen war in Ermangelung eines anderen Stoffes zu Wien von einer unmittelbar bevorstehenden Ergänzung des Ministeriums der Rekt. Insidere wurde die Beziehung des Unterrichtsministeriums prophezeit. Ein offizielles, in Prag erscheinendes Blatt will nun wissen, der neue Cultus- und Unterrichtsminister würde sich zu Herrn v. Streymayr verhalten, wie Herr v. Pittamer zu Dr. Jall. Bielach nennt man den Baron Gödel-Kann von den fünfzig Jahren dieses wichtigen Portefeuilles. Das mag richtig sein, heißt es in dem Berichte, insofern habe ich Grund anzunehmen, daß Graf Taaffe bis heute den Monarchen noch keine Persönlichkeit vorgeschlagen hat, wenn dies auch in nicht zu ferner Zeit wohl geschehen wird. Daß die Ergänzung des Cabinets aus den Kreisen der Verfassungspartei erfolgen wird, ist bei unserer augenblicklichen parlamentarischen Lage kaum möglich...

Die russische Regierung will mit einer Verkürzung der Militärdienstzeit vorgehen. Wie „Kult. Med.“ mitteilt, ist das im Kriegsministerium ausgearbeitete Projekt bereits vom Kaiser bestätigt worden. Ursprünglich war in Aussicht genommen worden, die Dienstzeit auf 3 Jahre herabzusetzen; aus „praktischen Gründen“ hat man indes schließlich sich dahin entschieden, die Dienstzeit

nur auf 4 Jahre herabzusetzen. Gegenwärtig liegt das Projekt dem Reichsrath vor. Außer militärischen Gründen sind für diesen Entschluß der russischen Regierung jedenfalls auch finanzielle Erwägungen maßgebend gewesen. Die fortwährende Vermeidung der siebenen Heere und die ins Umlaufe steigenden Kosten der Unterhaltung derselben legen allerdings nahe, einen gewissen Ausgleich anzuordnen, wenn nicht die Söldner idiosyncratically vollständig unter dem Druck der fortwährenden Kriegsbereitschaft erliegen sollen. Wenn die russische Armeeverwaltung glaubt, ihre Rekruten innerhalb dreier Jahre ausbilden zu können, so drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob es der deutschen Armee-Beratung unmöglich sein sollte, die Ausbildung ihrer Truppen, welche doch aus unvergleichlich besseren und intelligenteren Elementen bestehen, innerhalb zweier Jahre bewerkstelligen zu können.

Die bulgarischen Angelegenheiten haben sich zu einem unentwirrbaren Knäuel vereindelt. Der Erzähler von Bulgarien beobachtet jetzt seine Residenz von Philippopolis nach Konstantinopel zu verlegen und von letzterer Stadt aus die frischen Verhältnisse in Bulgarien und Ost-Marmelien zu leiten. Die „Turquie“ ist der Ansicht, daß dies unmöglich sei, so lange der Wirkungskreis dieses Kirchenstaates nicht definitiv geregelt wird. Der Erzähler könnte, wie jetzt die Dinge liegen, nicht das geistliche Haupt der Bulgaren in Ägypten und gleichzeitig die Leitung der Kirchen der übrigen Bulgaren, welche direkte Unterthanen der Pforte sind, beanspruchen, so wenig, als der ökumenische Patriarch irgend eine Jurisdicition über die Orthodoxen in Rumänien oder Serbien habe. Eine solche doppelte Eigenschaft des Erzählers, der bald in Tephia, bald in Philippopolis und bald in Konstantinopel residire, sei eine Anomalie.

Einen interessanten Bericht über den Stand des Kulturkampfes in Belgien liefert eine Correspondenz der „Voss. Zeit.“ aus Brüssel. Gezeigt darin:

Die nach Wiederaufnahme der legislativen Arbeiten durch die Kammer in Angriff genommene Generaldebatte des Budgets des öffentlichen Unterrichts gleicht wie ein Daus dem anderen der Schulgesetzesdebatte. Ein Redner der Rechten folgt dem anderen und bringt mit einzigen Variationen denselben Antragen und Bedenken wegen der Verwendung der katholischen Gewissens zu Platze. Das Merkwürdigste in diesen Sprechübungen ist der Mangel an Lust, denn dieselben Deputaten, welche über Beratungen iammern, müssen nicht genug den blühenden Zustand von ihnen ins Leben gerufenen Schulen zu preisen. Der Unterrichts-Minister kann sich diesmal mit einer tertiären collectiven Replik begnügen. Die eigentlich und schlaue Widerlegung der klerikalen Jeremiaden wird der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission liefern, die von der Kammer den Auftrag erhalten wird, die Wirkung und die Folgen des Schulaktes seit seiner im Juli erfolgten Einführung im ganzen Lande zu studiren. Wie man sich vielleicht erinnern wird, hatte der klerikale Parteideal Malou die Niedersetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission angeregt, die aber schleunigst aufgegeben, als man auf der Ministerbank denselben gestellt und aufgenommen.

Nummehr aber drohten einer Anzahl von Mitgliedern der linken einen daraus bezüglichen Gesetzesentwurf ein, dessen Annahme auch ist und den Ultramontanismus hente bis ins Angesicht und den Sturz treibt. Der Bericht dieser parlamentarischen Untersuchungskommission wird der durchdringende Anklage gegen den katholischen Clerus werden und dürfte bei den im Juni erfolgenden Wahlen zur Generierung der Kabinett des Repräsentantenausbaus seine Wirkung kaum verschlehn....

Die arabische Zeitung „El Jawab“ ertheilt England den Rath, einen Brinie der Familie des Gross-Schreiber von Metta zum Emir von Afghanistan einzusezen. Derselbe, meint das Blatt, würde in Central-Asien als ein Ablehnung des Propheten gesehen werden und englischen Interessen dienen. Die Afghanen selbst würden indeß, wie der Korrespondent des „Standard“ in Kabul behauptet, falls ihnen die Wahl eines Emirs überlassen bleibe, Ebub Khan von Herat wählen, was indes wegen Ebubs bekannter Feindseligkeit gegen England und seiner nahen Beziehungen zu Russland kaum die Billigung der englisch-indischen Regierung finden würde.

Volksbildungverein.

Leipzig, 26. Januar. Am gestrigen Abend hielt im kleinen Volksbildungverein Herr Privatdozent Dr. Böhlich aus Berlin einen Vortrag über das Thema: „Die ersten Spuren des Menschen auf der Erde“.

Die Frage nach dem Alter der Menschen befaßt dieselben seit vielen Jahrhunderten, und so lange man nur die Bibel zu Rate zog, war über unbestimmte Vorstellungen und Vermutungen nicht hinaus-

Auflage 16,000.

Abozinsatzpreis viertelj. 5 M.

incl. Umschlag 6 M.

durch die Post bezogen 6 M.

Jede einzelne Nummer 25 Pf.

Belegexemplar 10 Pf.

Gebühren für Umschläge

oder Postbeförderung 20 Pf.

mit Postbeförderung 45 Pf.

Zeitung 5 Pf. Zeitung 20 Pf.

Größere Schriften laut untenst.

Preisverzeichnis Tabellarischer

Index nach jeder Zahl.

Verkaufe unter dem Redaktionssch

die Spalten 40 Pf.

Zeitung sind sich an d. Redaktion

zu senden. Rabatt wird nicht

gegeben. Zahlung prämiorade

oder durch Postvertrag.

74. Jahrgang.